

04.09.2018

## Antrag

**der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP**

### **Leistungen deutschstämmiger Zugewanderter, der Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler wertschätzen – unsere und ihre Geschichte lebendig halten**

#### **I. Ausgangslage:**

Zu Beginn, während und nach Ende des Zweiten Weltkrieges sind viele Menschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und den deutschen Siedlungsgebieten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa in die Bundesrepublik gekommen. Zunächst waren es Vertriebene und Flüchtlinge, die ihre Heimat verlassen mussten. In der folgenden Zeit waren es viele Aussiedler. Zuletzt nutzten Spätaussiedler Anfang der 1990er Jahre den Zusammenbruch der Systeme in Ost- und Südosteuropa und siedelten in die Heimat ihrer Vorfahren aus. Ihre Geschichte geht bis in das 18. Jahrhundert zurück. Oft – vor allem in der Zeit der sowjetischen Gewaltherrschaft – wurden diese Deutschstämmigen aufgrund ihrer Herkunft unter Generalverdacht gestellt, diskriminiert und unter als Spione verfolgt, deportiert und zwangsumgesiedelt. Teils durften sie weder die deutsche Sprache sprechen noch ihre deutsche Kultur pflegen. Trotz erheblicher staatlicher Repressionen und Benachteiligungen bewahrten viele dieser Deutschen jedoch über Jahrzehnte ihre Sprache, ihr religiöses Bekenntnis und ihre Bräuche. Viele dieser Menschen, darunter etwa 700.000 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, haben in Nordrhein-Westfalen eine neue Heimat gefunden.

Heute sind sie in Nordrhein-Westfalen überdurchschnittlich gut integriert. In vielen Bereichen läuft die Integration sogar vorbildlich, in anderen Bereichen gibt es gleichwohl eine große Heterogenität. Einige Menschen haben auch mit Problemen zu kämpfen. Gründe dafür sind vielfach Hindernisse bei der Anerkennung von Berufs- und Hochschulabschlüssen, drohende Altersarmut und teilweise Sprachprobleme. Auch die Wahrnehmung der alten Heimat und die Nutzung entsprechender Medien spielen eine Rolle. Umso wichtiger ist es, dass wir uns ernsthaft um ihre weitere Integration bemühen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verloren viele Menschen östlich von Oder und Neiße ihre Heimat. Sie wurden in Folge der veränderten Grenzziehungen vertrieben und mussten sich – oft auch gegen den Widerstand der aufnehmenden Gesellschaft – eine neue Heimat suchen. Das ist ihnen gelungen. Heute unterscheidet kaum noch jemand, ob die Familie aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten zugewandert oder im Gebiet des heutigen Deutschlands geboren ist.

Datum des Originals: 04.09.2018/Ausgegeben: 05.09.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Gleichwohl pflegen viele noch Beziehungen zu ihren Herkunftsregionen und pflegen ihre regionale Kultur.

Im Koalitionsvertrag haben CDU und FDP festgehalten, dass der Beitrag, den die deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler für den Aufbau und die gute Entwicklung unseres Landes geleistet haben, besonders gewürdigt werden soll. Die Erinnerung an Flucht, Vertreibung und Aussiedlung soll wachgehalten werden. Dazu gehört neben einer angemessenen Erinnerungskultur auch die umfangreiche historische Behandlung des Themas in der Schule. Erste Schritte sind erfolgt. Das Schulministerium hat über Bildungspartner NRW gemeinsam mit den Kommunen im Rahmen der Bildungspartnerschaften mit Archiven, Museen und Gedenkstätten auch die Erinnerung an die ehemalige Heimat und die Zeit der Zuwanderung vertriebener und ausgesiedelter Gruppen thematisiert. Dies ist auch Gegenstand einer Fortbildungsmaßnahme zur Erinnerungskultur.

Angekündigt wurde, der Gruppe der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler wieder mehr Aufmerksamkeit zu widmen und für sie einen zentralen Ansprechpartner in der Landesregierung zu benennen. Außerdem sollen die Patenschaften des Landes Nordrhein-Westfalen für die Siebenbürger Sachsen und Oberschlesier wieder belebt werden.

CDU und FDP haben ferner in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt, dass Einrichtungen wie etwa das Gerhart-Hauptmann-Haus, das Westpreußische Landesmuseum oder das Oberschlesische Landesmuseum weiterhin gefördert und eine Erinnerungsstätte in Unna-Massen geschaffen werden soll. Gefördert werden sollen auch Gedenkstätten des Terrors und der Verfolgung. Zudem wurde festgelegt, die Integration durch Berufsqualifizierung zu fördern und insbesondere im Bereich der Spätaussiedler die Anerkennung von Berufs- und Hochschulabschlüssen zu vereinfachen.

Die NRW-Koalition unterstützt mit Nachdruck die berechtigten Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler. Wir begrüßen daher sehr, dass seit Anfang des Jahres ein Beauftragter der Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern erster Ansprechpartner für diese Gruppen ist.

Nicht zuletzt wegen der Verbindungen in ihre Herkunftsländer wirken Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler als menschliche und sprachliche Brücke zwischen diesen Ländern und Nordrhein-Westfalen. Es ist daher im Interesse des Landes, die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern zu pflegen, zu intensivieren und die Heimatvertriebenen sowie Aussiedler und Spätaussiedler in bestehende Formen der bi- bzw. multilateralen Zusammenarbeit – zum Beispiel Regionalpartnerschaften wie das regionale Weimarer Dreieck – fest einzubinden. Das gilt insbesondere für die Patenlandsmannschaften der Siebenbürger Sachsen und der Oberschlesier.

## **II. Beschlussfassung**

Der Landtag stellt fest:

Am 1. Februar 2018 hat der neue Beauftragte für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Spätaussiedlern und Aussiedlern seine Tätigkeit aufgenommen. Er übernimmt damit eine Lotsenfunktion gegenüber den Landmannschaften, Verbänden sowie Vereinen und ist eine Schnittstelle zwischen den Bürgern und der Politik. Damit ist bereits ein zentrales Anliegen aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt worden. Mit dem erstmalig bestellten Beauftragten erhalten die Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler eine starke Stimme. Sie sind

ein großer und wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Die NRW-Koalition nimmt daher die Verantwortung für sie sehr gerne an und wird ihren Beitrag leisten, damit sie sich hier bei uns zu Hause fühlen.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung:

- ihre Bemühungen um die Eingliederung und Partizipation von Aussiedlern und Spätaussiedlern weiter fortzusetzen,
- das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG NRW) und weitere damit zusammenhängende Gesetze sowie Fördermöglichkeiten weiterzuentwickeln, um eine bessere Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufs- und Bildungsabschlüsse zu ermöglichen. Zudem soll das Verfahren der Anerkennung beschleunigt werden.
- auf Bundesebene dafür zu werben, dass Nachteile deutscher Spätaussiedler in der Rentenversicherung abgebaut werden,
- geeignete Maßnahmen zu ergreifen, dass die erfolgreichen Integrationsleistungen, das kulturelle Erbe und die Erfahrungen der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Anerkennung erfahren,
- im Rahmen der Lehrerfortbildung sowie der Unterrichtsmaterialien die Bedeutung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, auch am Beispiel der Geschichte der deutschen Minderheiten in Ost- und Mitteleuropa, insbesondere am Thema Flucht, Vertreibung und Aussiedlung, zu verdeutlichen,
- durch geeignete Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass das Thema Flucht und Vertreibung sowie deutsche Ostsiedlung im Unterricht der Schulen und in außerunterrichtlichen Projekten angemessen berücksichtigt wird, auch im Rahmen von Schulfahrten zu entsprechenden Gedenkstätten,
- den Kontakt zu den Heimatverbliebenen unter Einbindung der Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler zu stärken und die Vertreter der Landsmannschaften bei Besuchen der Landesregierung in deren Herkunftsländern, insbesondere von Rumänien und Polen (Herkunftsländer der Patenlandmannschaften), aber auch Russland, Kasachstan, Ukraine, Moldau, Kirgisistan, Litauen, Estland, Lettland und anderen Ländern mit einzubeziehen,
- Gedenkstätten und Gedenkorte an Flucht und Vertreibung bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

Bodo Löttgen  
Matthias Kerkhoff  
Thorsten Schick  
Bernd Petelkau  
Rüdiger Scholz

und Fraktion

Christof Rasche  
Henning Höne  
Lorenz Deutsch  
Thomas Nückel

und Fraktion